Neue Schutzwände für Atomlager

Seit Jahren liegt auf den Grundstücken deutscher Kernkraftwerke Atommüll in großen Mengen. Diese Lager werden Zwischenlager genannt, weil der radioaktive Inhalt ja irgendwann einmal in einem Endlager sicher eingebunkert werden soll. Doch das kann sich hinziehen. Beunruhigend ist deshalb, dass RWE und Eon Deutschlands größtes Atommüll-Lager in Gundremmingen jetzt mit neuen Schutzwänden ausstatten wollen. Offenbar ist die Situation riskanter als gedacht. Reichen die bisherigen Sicherheitsmaßnahmen nicht? Gibt es neue Erkenntnisse über mögliche Terroranschläge? Und wie ist die Lage in den anderen Atomkraftwerken?

Bei Nacht und Nebel
Überraschend verschärft die Bundesregierung den Terrorschutz an 15 Zwischenlagern für hochradioaktiven Atommüll

Von Markus Balser

Hundert Meter lang, 40 Meter breit und 20 Meter hoch ist das Atomlager tief im Süden, dessen Namen bislang nur Experten kannten: Gundremmingen heißt die kleine Gemeinde zwischen Ulm und Augsburg, in der neben dem Atomkraftwerk ein Großteil des hochradioaktiven Atommülls der Republik lagert. Seit 2006 bauen die Betreiber RWE und Eon den Ort in Bayern zum deutschen Plutoniumzentrum aus. Mehr als 32 Castoren lagern dort. Ein gefährlicher Ort, denn in jedem Behälter steckt so viel Radioaktivität wie in Tschernobyl insgesamt freigesetzt wurde. Bei einem Terroranschlag wären Gesundheit und Leben von Anwohnern im Umkreis von 100 Kilometer in Gefahr, warnen Experten. Der strahlende Müll sei sicher, entgegneten bislang die Energiekonzerne.

Doch nach Angaben aus Kreisen der Bundesregierung ist in Gundremmingen und den 14 anderen deutschen Zwischenlager-Standorten derzeit nur noch wenig sicher. In der Politik wachse die Angst vor einer neuen Qualität von Terroranschlägen - auch gegen Atomanlagen. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung verfügen Sicherheitsbehörden über 'neue Erkenntnisse zu denkbaren Terroristen und ihren Vorgehensweisen'. Wie erst an diesem Mittwoch bekannt wurde, sollen deshalb in den nächsten Monaten meterhohe Schutzwände aus Beton um die Anlagen gebaut werden. Sie sollen verhindern, dass die Atomlager gezielt beschossen werden können.

Die Behörden hätten deshalb bereits im vergangenen Jahr in einer Geheimaktion angeordnet, den Schutz für alle 15 deutschen Zwischenlager zu erhöhen, verlautete weiter.

Der Umbaubefehl zeigt, für wie real Sicherheitsbehörden das Anschlagsrisiko in Deutschland inzwischen halten. Der für die Sicherheit deutscher Atomanlagen zuständige Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) ließ am Mittwoch bestätigen, dass die deutschen Zwischenlager nachgerüstet werden müssen. Betroffen seien Lager an den deutschen Kernkraftwerken sowie die drei Zwischenlager Ahaus, Gorleben und Lubmin. Mit Beginn der Baumaßnahmen sei noch in diesem Jahr zu rechnen, sagte seine Sprecherin. 'Die Details unterliegen der Geheimhaltung.' Das Bundesinnenministerium wollte die Angaben über eine Verschärfung der Terrorabwehr dagegen nicht kommentieren. Ein Sprecher von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) betonte, es gebe 'keine konkreten Hinweise auf Anschlagspläne gegen kerntechnische Anlagen'.

Die neuen Auflagen gehen nach Angaben aus Regierungskreisen auf Erkenntnisse des Bundeskriminalamts (BKA) aus dem vergangenen Jahr zurück. Sie hätten nichts mit der Neueinschätzung der Atomrisiken nach Fukushima zu tun, hieß es weiter. Nach der Festnahme mehrerer Terrorverdächtiger im April vergangenen Jahres hatte BKA-Chef Jörg Ziercke im Mai erklärt: 'Wir können keine Entwarnung für Deutschland geben. Wir müssen in Deutschland weiterhin mit Anschlägen islamistischer Terroristen rechnen.' Der Festnahme war eine monatelange Observierung mehrerer Verdächtiger vorausgegangen. Bereits in dieser Zeit habe das Umweltministerium die Betreiber zu den Schutzmaßnahmen aufgefordert, die nun umgesetzt werden müssten, heißt es in der Branche.

Helfen soll gegen den Terror vor allem Beton. In Gundremmingen segnete der Gemeinderat am Dienstagabend den Bau einer zehn Meter hohen und fast einen Meter dicken Schutzwand ab. Auch an den Atomkraftwerken Isar II bei Landshut und Grafenrheinfeld sei der Bau einer zehn Meter hohen Mauer bereits in Vorbereitung, hieß es beim Betreiber Eon. Geplant seien zudem Verbesserungen der Sicherheit an den Toren der Anlage. Für die Atombranche hat die Anordnung gravierende Folgen; sie muss den Umbau finanzieren. Auf die nach dem Atomausstieg ohnehin angeschlagenen deutschen Kernkraftbetreiber RWE, Eon, EnBW und Vattenfall kommen damit erneut Millionenkosten zu.

Der Umweltschutzorganisation Greenpeace gehen die Auflagen nicht weit genug. Sie forderte eine Nachrüstung, die nicht nur Zwischenlager, sondern auch die Atomkraftwerke selbst einschließt. 'Schon seit Monaten verfügt die Bundesregierung über neue Erkenntnisse zur Bedrohungslage von Atomanlagen', sagte Atomexperte Tobias Riedl. 'Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich von Bundesumweltminister Röttgen, zwar die Zwi-schenlager aufzurüsten, aber die benachbarten Reaktoren ohne weiteren Schutz am Netz zu lassen.'

In den betroffenen Bundesländern stößt vor allem die Geheimhaltung der Schutzmaßnahmen auf heftige Kritik. Die Grünen im bayerischen Landtag forderten am Mittwoch rasche Aufklärung über die geplanten Umbauten. Die bayerische Atomaufsicht müsse die Öffentlichkeit über die 'völlig überraschend bekannt gewordenen Schutzmaßnahmen' informieren, sagte Energieexperte Ludwig Hartmann am Mittwoch in München: 'Diese Nacht-und-Nebel-Politik bei einer so sensiblen Materie ist völlig unangemessen.' Die Politik müsse klarstellen, ob es für die Bürger ein erhöhtes Sicherheitsrisiko gebe.

In Gundremmingen wächst derweil die Angst vor dem strahlenden Koloss in der Nachbarschaft. 'Die Unruhe in der Gemeinde ist groß', sagt Raimund Kamm, Chef der lokalen Bürgerinitiative gegen das Zwischenlager. 'Wir wollen wissen, mit welcher Gefahr wir leben', sagt Kamm. 'Denn neue Mauern schaffen kein Vertrauen.'

Die Saat des Misstrauens

Bislang hat der Gemeinderat von Gundremmingen nicht erfahren, warum der Schutz erhöht wird

Von Andreas Roß

Bürgermeister Wolfgang Mayer residiert in einem Rathaus, um dessen Größe und Ausstattung ihn wahrscheinlich viele Kollegen beneiden, deren Orte sehr viel größer sind als das nur 1600 Einwohner zählende Gundremmingen. Die Erklärung für diesen selbstbe-

wusst zur Schau gestellten Reichtum einer Gemeinde bekommt man beim Blick aus dem Fenster des Bürgermeisterbüros. Wie mächtige Kathedralen ragen zwei Kühltürme in die Höhe, aus denen dünne Wasserdampffahnen entweichen. 'Wenn da kein Dampf mehr aufsteigt, ist unser Ort nicht mehr derselbe', hatte Mayer im Sommer vorigen Jahres mit Wehmut gesagt, als klar war, dass die Reaktorblöcke B und C von Deutschlands größtem Atomkraftwerk nur noch wenige Jahre am Netz sein werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist auch für Gundremmingen längst beschlossene Sache.

Und doch wird Bürgermeister Mayer (Freie Wähler) schon in Bälde wieder Kräne und Baufahrzeuge auf dem Kraftwerksgelände beobachten können. Denn am Dienstagabend hat der Gemeinderat, der sich nur aus Vertretern von CSU und Freien Wählern zusammensetzt, einstimmig sein Einverständnis mit dem Bau einer mächtigen Mauer erklärt, die künftig das atomare Zwischenlager, das sich auf dem Kraftwerksgelände befindet, offenbar gegen terroristische Attacken von außen schützen soll. 'Ob das wirklich der Grund ist, das weiß ich nicht, wir haben vom Betreiber des Kernkraftwerks dafür keine Begründung erhalten.' Das hat wohl auch viele der an sich kernkraftfreundlichen Gemeinderäte irritiert. 'Nur', so Bürgermeister Mayer, 'gab es auch keine Handhabe, den Antrag abzuweisen, und so haben wir halt dem Baurecht Genüge getan und unser Einverständnis erklärt.'

Im Jahr 2004 ist das Zwischenlager, in dem mittlerweile etwa drei Dutzend Castorbehälter mit abgebrannten Brennelementen stehen, in Betrieb gegangen. Damals hatte es zumindest in Gundremmingen selbst keine Bedenken gegeben, das Bauwerk könnte beispielsweise nicht ausreichend gegen Anschläge von Terroristen geschützt sein. SPD und Grüne, die schon immer viel skeptischer waren und vor den Gefahren gewarnt haben, spielten in Gundremmingen politisch aber keine Rolle. Das ehemalige Bauerndorf, dessen altes Idyll man nur noch auf vergilbten Fotos in den Archiven finden kann, lebt seit mittlerweile 50 Jahren einvernehmlich mit der Atomkraft. Das Werk mit seinen hochqualifizierten Arbeitsplätzen und seinen lange Zeit üppig sprudelnden Steuerquellen hat dem Ort Reichtum und seinen Bürgern Wohlstand beschert. Da stellt man nicht so viele Fragen, schon gar nicht solche, die unbequem sind.

Der gesamte Landkreis Günzburg hat von dem Kernkraftwerk profitiert, weshalb auch Landrat Hubert Hafner (CSU) und seine Kreistagsmehrheit immer an der Seite der Kraftwerksbetreiber standen. Der von Kanzlerin Angela Merkel quasi über Nacht eingeleitete Ausstieg aus der Kernkraft hat die dortigen Kommunalpolitiker aber kalt erwischt und sie einem schmerzhaften Lernprozess ausgesetzt. Und nun muss Landrat Hafner mit seiner Behörde auch noch die Baugenehmigung für eine gigantische Sicherheitsmauer um das Zwischenlager genehmigen, obwohl er und all seine Mitstreiter der Bevölkerung doch stets versichert hatten: 'Da droht keine Gefahr.'

'Wir haben am 22. Dezember den Bauantrag in mehrfacher Ausfertigung vorgelegt bekommen - aber ohne Begründung', sagt Hafner. Er hält diese offenbar vom Atomgesetz gedeckte Verschleierung der Gründe für höchst unglücklich. 'Ich würde mir wünschen, dass man den Bürgern sagt, worum es bei dieser Baumaßnahme geht. Da ist die Regierung gefordert.' Der Vorsitzende der CSU-Mehrheitsfraktion im Kreistag, Hans Klement, hat von dem geplanten Mauerbau am Mittwochmorgen aus dem Radio erfahren: 'Wenn es dem Schutz der Bevölkerung dient, hindert uns niemand daran, klüger zu werden.' Gerd Olbrich, sein Kollege von der SPD-Kreistagsfraktion, äußert sich dazu weniger diplomatisch: 'Und uns hat man jahrelang erzählt, alles ist sicher, da wächst Misstrauen.'

Provisorien von Dauer

AKWs abgeschaltet, Lager bleiben

Zwischenlager - alleine der Begriff ist ein einziger Euphemismus. Zwischenlager, das klingt nach Provisorium, nach Übergang. Doch ein Übergang wohin? Ein Ende der Dazwischen-Lösung ist nicht absehbar, denn dazu müsste es in Deutschland schon ein Endlager geben. Und das ist fern wie eh und je.

An diesem Donnerstag sollen Experten von Bund und Ländern wieder zusammentreten, es geht um die Endlagersuche. Schon jetzt ist klar: Es wird eine Aufgabe für Jahrzehnte. Bis zum Sommer soll ein Gesetz für die Suche stehen, danach erst werden die Kriterien dafür festgelegt. Frühestens 2014 werden Regionen 'mit besonders günstigen geologischen Eigenschaften' abgesteckt sein. Erst dann können potentielle Standorte näher untersucht werden, zunächst über Tage, dann unter Tage. 2019 könnte das sein - wenn es gut läuft.

Damit allerdings ist noch immer kein Endlager gefunden. Erst werden Vergleiche angestellt, Gutachten gefertigt und hinterfragt. Dann erst kann das eigentliche Genehmigungsverfahren beginnen. Mutmaßlich werden sich Gerichte damit befassen müssen, und zwischenzeitlich werden sich mindestens fünf verschiedene Regierungen über das künftige Endlager den Kopf zerbrechen. Selbst das Jahr 2035 wäre als Termin für die Fertigstellung des Atom-Endlagers eine optimistische Prognose.

Damit dürften die zwölf über die Republik verstreuten Zwischenlager noch in Betrieb sein, lange nachdem der letzte Reaktor abgeschaltet ist. Grundsätzlich ist das kein Problem: Der strahlende Müll muss über Jahrzehnte über Tage auskühlen, ehe er in ein Endlager kann.

Das Provisorium wird so zum Dauerzustand. Einst wurden die Zwischenlager, errichtet seit Mitte der Neunziger, für 40 Jahre genehmigt - womit die ersten Genehmigungen auch just 2035 auslaufen. Ob die Behälter mit den abgebrannten Brennelementen dann unter die Erde können, wird allerdings auch eine Frage des Endlagers sein. Sollte die Bundesrepublik am Ende Tonschichten dafür wählen und nicht einen Salzstock, muss der Atommüll länger abkühlen. Aber die Entscheidung steht ja erst in zehn Jahren an. Allerfrühestens. Michael Bauchmüller